
Colin Crouch

Das befremdliche Überleben

des Neoliberalismus

edition suhrkamp

SV

SV

Colin Crouch

DAS BEFREMDLICHE ÜBERLEBEN DES
NEOLIBERALISMUS Postdemokratie II

Aus dem Englischen von Frank Jakubzik

Suhrkamp Verlag

Die englische Originalausgabe erschien 2011 unter dem Titel *The Strange Non-Death of Neoliberalism* bei Polity Press (Cambridge).

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Deutsche Erstausgabe

© der deutschen Übersetzung

Suhrkamp Verlag Berlin 2011

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des
öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch
Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Photographie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-42274-8

I 2 3 4 5 6 – 16 15 14 13 12 11

Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus

Inhalt

Vorwort	11
1. Der Aufstieg des Neoliberalismus	19
2. Grenzen der klassischen Marktwirtschaft	49
3. Marktbeherrschende Konzerne	79
4. Die Wirtschaft und der Staat	109
5. Neoliberaler Keynesianismus: Privatverschuldung statt Staatsverschuldung	143
6. Vom Lobbyismus zur »Corporate Social Responsibility«	179
7. Zivilgesellschaft und Moral	203
8. What's left of what's right?	225

Für Joan

Vorwort

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte am Ende des vergangenen Jahrzehnts markiert eine grundlegende Krise der Wirtschaftskonzepte, die im Westen und in vielen anderen Teilen der Welt seit den späten siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts dominieren. Diese Konzepte werden im allgemeinen dem »Neoliberalismus« zugerechnet. Alle Ausprägungen und Schulen dieser Theorie sind sich in einem Punkt einig: der Überzeugung, daß ein freier Markt, der individuelles Profitstreben ermöglicht, das beste Mittel zur Befriedigung unserer Bedürfnisse sei. Dieser Markt sei von Eingriffen insbesondere des Staates und der Politik freizuhalten, die bestenfalls zu Ineffizienz führen und schlimmstenfalls die Freiheit bedrohen.

Die Finanzkrise sprach dieser Überzeugung hohn, da sie auch die größten Banken der Welt erfaßte, profitorientierte Unternehmen, die auf dem freiesten aller Märkte agierten und die gemäß der Theorie zur Mehrung unseres Wohlstands beitragen sollten. Wie war es möglich, daß der avancierteste Markt in der Geschichte der Menschheit, der internationale Finanzmarkt, in eine derart massive Schieflage geriet – wo doch die avancierteste Wirtschaftstheorie aller Zeiten bewiesen hatte, daß unregulierte Märkte sich automatisch selbst korrigieren und keiner Hilfe von außen bedürfen? Wenn uns sogar Regierungsvertreter erklärt hatten, daß der Staat auf dem Markt weit weniger effizient agiere als Privatunternehmen und sich deshalb so wenig wie möglich ins Marktgeschehen einmischen solle, warum wandten sich dann die Banken plötzlich hilfesuchend an eben diesen Staat, um sich mit exorbitanten Summen aus ihren Schwierigkeiten herauskaufen zu lassen? Und warum haben die Staaten das getan? Stimmt es, daß Großbanken »too big to fail« oder »systemrelevant« sind,

und daß der Steuerzahler ihnen zu Hilfe eilen muß, wenn sie in Schwierigkeiten geraten? Und wenn dem so ist, müßten wir dann nicht einräumen, daß die vielbeschworene Autonomie des Marktes Grenzen hat – womit die zentrale These des Neoliberalismus erledigt wäre?

In England erschien 1936 ein Buch mit dem Titel *The Strange Death of Liberal England* (sinngemäß: Der überraschende Untergang des englischen Liberalismus). Darin versucht der Historiker George Dangerfield zu erklären, warum es Anfang des 20. Jahrhunderts zum Niedergang der Ideen und der Partei des Liberalismus kam, die die englische Politik im 19. Jahrhundert dominiert hatten. Heute jedoch besteht die Aufgabe nicht darin, den *Untergang* des Neoliberalismus infolge der von ihm selbst herbeigeführten Krise zu erklären, sondern vielmehr die Tatsache, daß er nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte politisch einflußreicher dasteht denn je. Obwohl die Krise durch das marktwirtschaftliche Agieren der Banken ausgelöst wurde, sucht man ihre Folgen zu bekämpfen, indem man den Sozialstaat stützt und die Ausgaben der öffentlichen Hand beschneidet. Und da der Neoliberalismus ein internationales, ja sogar globales Phänomen ist, ist das nicht nur in England der Fall. Wir müssen uns also fragen, wie es zu dem überraschenden Ergebnis kommen konnte, daß der Neoliberalismus *nicht* untergegangen ist.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Tatsache, daß der real existierende Neoliberalismus bei weitem nicht so sehr auf freie Marktwirtschaft setzt, wie es seine Theorie behauptet. Statt dessen beruht er auf dem politischen Einfluß von Großkonzernen. Da es in den wirtschaftspolitischen Debatten in vielen Ländern allein um die Opposition von Markt und Staat geht, tritt die Existenz dieser dritten Kraft, der großen Konzerne, in den Hintergrund, obwohl sie potenter sind als ihre Kontrahenten und deren Funktionsweise verändern.

Die politische Szenerie wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts – in Fortsetzung einer Entwicklung, die im letzten Jahrhundert begann und sich durch die Krise noch verschärfte – nicht mehr von Auseinandersetzungen, sondern von Vereinbarungen zwischen den drei Kontrahenten bestimmt. Eines der Hauptziele dieses Buches ist es, zu zeigen, daß eine Debatte, die allein um das Verhältnis von Markt und Staat kreist, die entscheidenden Fragen verfehlt.

Der politische Einfluß der Konzerne läßt sich an der Vielzahl der Lobbys vor allem im Umkreis des US-Kongresses, aber auch vieler anderer Körperschaften der Legislative und Exekutive ablesen. Er zeigt sich auch darin, daß sie das sogenannte »regime shopping« betreiben, also für ihre Investitionen Länder mit ihnen genehmen Regularien auswählen können. Und dieser Einfluß nimmt zu. So bekommen Konzerne durch den um sich greifenden Trend, klassische staatliche Aufgaben an private Subunternehmer zu vergeben, die Gelegenheit, die Politik insgesamt mitzubestimmen. Dieser Einfluß vertieft sich weiter durch die freiwillige Rücksichtnahme auf die sozialen und ökologischen Folgen ihrer Geschäftstätigkeit, zu der sich manche Konzerne unter dem Rubrum »Corporate Social Responsibility« verpflichten. Und schließlich hat die Finanzkrise der Jahre 2008/2009 die Bedeutung von Großkonzernen insbesondere der Finanzbranche für gegenwärtige Gesellschaften keineswegs gemindert, sondern nur noch unanfechtbarer als zuvor erscheinen lassen.

Mit einigen dieser Phänomene habe ich mich bereits in *Postdemokratie* (Suhrkamp 2008) beschäftigt. Die Macht globaler Konzerne wird dort als einer von mehreren Faktoren genannt, die unsere Demokratie aushöhlen. Die obengenannten Entwicklungen machen es notwendig, das Thema wieder aufzugreifen und zu fragen, was aus der Demokratie wird, wenn Privatunternehmen nicht nur erheblichen politischen

Einfluß haben, sondern zu Insidern der politischen Entscheidungsprozesse werden. Es gibt keine ökonomische oder politische Theorie, die eine solche Machtentfaltung von Privatunternehmen befürworten oder verteidigen würde, und doch ist sie in unserem politischen Leben Alltag geworden.

Darunter leidet nicht nur die Demokratie, sondern auch der Markt. Das mag überraschend klingen, da der politischen Debatte Markt und Privatunternehmen in aller Regel als dasselbe gelten. Doch gerade in dem Umstand, daß diese Unterscheidung die Realität nicht abbilden kann, wurzeln viele unserer Probleme, in deren Angesicht das vielbeschworene Duell »Markt versus Staat« obsolet erscheinen muß. Richtiger wäre es, von einem »Dreikampf« zu sprechen, in dem die Kontrahenten Staat, Markt und Großunternehmen miteinander ringen. Allerdings handelt es sich derzeit eher um ein komfortables Arrangement als um einen Kampf. Das liegt einerseits daran, daß die Konzerne die Vereinigung aller drei Kontrahenten unter ihrer Führung betreiben, zum anderen daran, daß es keine einleuchtende Alternative zu einem solchen Arrangement gibt. Eine Gesellschaft, in der einer der drei Faktoren nicht mehr funktionierte, hätte immense Probleme. Man muß nicht lange überlegen, um zu erkennen, wie schwierig unser Leben dann wäre.

Es ist daher nicht meine Absicht, einer Abschaffung der Großkonzerne das Wort zu reden. Der amerikanische Liberalismus der Jefferson-Ära und der europäische Marxismus, die, ansonsten ziemlich uneins, etwas Derartiges fordern würden, sind Träume der Vergangenheit. Ich plädiere statt dessen für das Eingreifen einer vierten Kraft, nämlich einer engagierten, kampflustigen, vielstimmigen Zivilgesellschaft, die die Nutznießer des neoliberalen Arrangements mit ihren Forderungen unter Druck setzt und ihre Verfehlungen anprangert. Damit will ich keinesfalls eine Gesellschaftsordnung verspre-

chen, die sich grundsätzlich von einem von Großkonzernen dominierten Kapitalismus unterscheidet. Doch wenn die Zivilgesellschaft offen und wachsam bleibt, könnte unser Leben um einiges besser werden, als wenn wir den Staat und die Unternehmen sich selbst überlassen.

Anders formuliert, in Abwandlung eines Verses von Andrew Marvell: Wenn wir die Konzerne schon nicht stoppen können, sollten wir sie wenigstens vor uns hertreiben.*

Über dieses Buch

In den meisten Büchern zu ähnlichen Themen geht es darum, wie man die Welt verändern könnte, wenn man selbst die Gelegenheit dazu bekäme oder die Mächtigen von seiner Sicht der Dinge überzeugen könnte. Doch nur sehr wenige Menschen gelangen jemals in die Lage, die Welt verändern zu können. Die meisten müssen versuchen, das Beste aus dem zu machen, was sie vorfinden. An sie richtet sich dieses Buch. *Postdemokratie* ging aus einem Pamphlet namens »Coping with Post-Democracy« hervor, das ich für die Fabian Society schrieb. Der Titel wurde für die Buchfassung zugespitzt, die dahinterstehende Frage aber blieb dieselbe: Wie kann man in einer Welt zurechtkommen, in der man kaum noch Einflußmöglichkeiten hat? Das vorliegende Buch setzt ihre Beantwortung fort. Es richtet sich wie sein Vorgänger an jene, die irgendwie mit den gegebenen Verhältnissen zurechtkommen müssen.

Dabei ist es kein streng wissenschaftliches Werk, sondern

* Der englische Dichter und Politiker Andrew Marvell (1621-1678) beschließt (freilich in ganz anderem Kontext) sein Poem *To His Coy Mistress* mit den Zeilen:

»Thus, though we cannot make our sun
Stand still, yet we will make him run.«

richtet sich wie *Postdemokratie* an ein allgemeines Publikum. Daher verzichte ich auf den sonst üblichen Anmerkungsapparat und beschränke mich auf einige allgemeine Hinweise und Vorschläge zur weitergehenden Lektüre am Ende eines jeden Kapitels.

Für einige Kapitel habe ich wissenschaftliche Aufsätze entsprechend überarbeitet bzw. umgeschrieben. So gehen das zweite und das vierte Kapitel (mit freundlicher Genehmigung von Oxford University Press) auf meinen Aufsatz »Marketization« zurück, der in dem von Matthew Flinders und anderen herausgegebenen *The Oxford Handbook of British Politics* erschien (Oxford: Oxford University Press 2009, S. 879-895). Das dritte Kapitel enthält (ebenfalls mit freundlicher Genehmigung von Oxford University Press) Überlegungen aus meinem Aufsatz »The global firm. The problem of the giant firm in democratic capitalism«, der in David Coens (Hg.) *The Oxford Handbook of Business and Government* veröffentlicht wurde (Oxford: Oxford University Press, 2009, S. 148-172). Das fünfte Kapitel basiert weitgehend auf meinem Artikel »Privatised Keynesianism. An unacknowledged policy regime«, der im *British Journal of Politics and International Relations* erschien (111/2009, S. 382-399). Das sechste Kapitel greift meinen Aufsatz »Modelling the firm in its market and organizational environment. Methodologies for studying corporate social responsibility« auf, der in *Organization Studies* abgedruckt wurde (27/2006, S. 1533-1551). Das siebente Kapitel schließlich geht auf den im von John Benington und Mark H. Moore herausgegebenen Band *Public Value. Theory and Practice* erschienenen Aufsatz »Privates, publics and values« zurück (Basingstoke: Palgrave Macmillan 2010, S. 52-73).

Dank

Ich danke Joan Crouch, die sich die in diesem Buch erörterten Ideen über mehrere Jahre angehört und sie mit ihren Anmerkungen bereichert hat; Mari Prichard, die das Manuskript las und mir half, es aus dem Soziologischen ins Verständliche zu übersetzen; Mark Harrison für Hinweise in Fragen der Wirtschaftstheorie; meinen Kollegen und Studenten am International Centre for Governance and Public Management an der University of Warwick Business School, mit denen ich viele meiner Argumente diskutierte; und den drei Mitarbeitern von Polity Press, die ebenso freundlich wie konstruktiv mit Ratschlägen zur Verbesserung meines Entwurfs aufwarteten. Da ich mich nicht immer an die Hinweise und Vorschläge der Genannten gehalten habe und sie nicht immer einer Meinung mit mir waren, ist keiner von ihnen in irgendeiner Weise verantwortlich für das, was in diesem Buch steht.

1. DER AUFSTIEG DES NEOLIBERALISMUS

Der Neoliberalismus trat, wie wir unten noch genauer sehen werden, seine Regentschaft an, als sein Vorgänger, die keynesianische Nachfragesteuerung, in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine massive Inflationskrise heraufbeschwor. Wenn jene Krise das Ende des damals herrschenden Wirtschaftsmodells bedeutete, sollten wir dann nicht auch heute das Ende des Neoliberalismus und seine Ablösung durch etwas Neues erwarten? Nein. Denn die Krise des Keynesianismus führte nicht deshalb zu seiner Abschaffung statt zu einer Reform oder Anpassung, weil irgend etwas an seinen Ideen grundsätzlich falsch gewesen wäre, sondern weil die Schicht, deren Interessen er vertrat – die Arbeiterschaft der westlichen Industrieländer –, sich in einem historischen Niedergang befand und ihre gesellschaftliche Macht zu verlieren begann. Im Gegensatz dazu haben die Kräfte, die heute vom Neoliberalismus profitieren – globale Konzerne insbesondere des Finanzsektors –, keineswegs an Einfluß verloren. Obwohl die Banken für die Krise 2008/2009 verantwortlich waren, gingen sie aus ihr gestärkt hervor. Man befand, daß sie unverzichtbar für die Wirtschaft des frühen 21. Jahrhunderts seien, und beschloß, sie vor den Folgen ihrer eigenen Torheit zu bewahren. Die meisten anderen Wirtschaftssektoren, die von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wurden, kamen nicht in den Genuß einer solchen Vorzugsbehandlung. Dem öffentlichen Dienst erging es sogar noch schlechter, da er in vielen Ländern gezwungen wurde, erhebliche Einsparungen vorzunehmen, um Gelder für die Rettung der Banken freizumachen. Die exorbitanten Gehaltsboni der Bankmanager wurden in den Debatten über die Krise zwar allgemein kritisiert, letztlich aber doch als notwendig für die Rückkehr des